

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer montl. 5 M. durch Boten bezogen montl. 5,50 M. durch auswärtige Boten montl. 6 M. frei Haus. Erhöht höchst nachmittags. Einzelnummer 30 S. Postfach-Nr. 2621a 16 654. Geldanstalt Sülzerstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird kein Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der Tagbl. Mittl. Grabrum 30 Bln. in der Stadt, Mittl. Merseburg 30 Bln. 1.— Die laufende Monatsanmeldung wird vom Besteller auf seine Anzeigen in Abrechnung genommen. Abrechnungsbilanz 30 Bln. Porto befreit. Norm. Anzeigenbl. 11 Uhr vorm. Preis 100 Bln. in der Stadt, Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 107.

Dienstag, den 10. Mai 1921

161. Jahrgang.

Tageschronik

Umsatz der Parteien? Annahme des Ultimatum? Die Regierungsbildung ist noch nicht erfolgt. Die Aene in Oberpfalz ist unverändert. Die französische Regierung sucht die Verständigung in Oberpfalz zu vertreiben und lehnt ein Eingreifen der Reichswehr ab. Die Resolution Knox wird einstweilen zurückgestellt.

Die wankelmütigen Parteien.

Noch keine Entscheidung.

Ueber die Stellungnahme der Parteien zu dem Ultimatum wird berichtet, daß die Deutschnationale Volkspartei die Unterstützung unter der Entente notfalls einnimmt, die Deutsche Volkspartei lehnt es ab, die Deutsche Arbeiterpartei tritt für die Ablehnung. Das Zentrum ist am ersten Teil für Annahme, desgleichen die Demokraten. Der „S. W.“ will allerdings wissen, daß die demokratische Fraktion gegen die Unterstützung sei. Die Sozialdemokratie hat ihre Weichenstellung zur Annahme freigegeben. Die Unabhängigen treten für die Unterstützung der Entente ein und verdrängen sich durch gemeinsames Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder und durch die verdrängten Polen des Ultimatum für das internationale Wirtschaftswesen eine Förderung der bürgerlichen Weltanschauung für die Entente.

Für die Entscheidung besonders der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, aber auch des Zentrums — wird es von Wichtigkeit sein, ob eine Gewissheit darüber vorhanden ist, daß im Falle der Annahme des Ultimatum die bisher ausstehenden Finanzmaßnahmen, nämlich die Befreiung von Zölleinfuhr, Zinssteuer und Abzug der Abzinsung und die 50prozentige Abgabe auf deutsche Waren sofort in Beschlag kommen, ob eine Interpretation jener Weisung des Ultimatum erfolgt, die sich auf die deutsche Wirtschaftserhaltung beziehen, und ob im allgemeinen eine Entscheidung dafür besteht, daß bei einer sonst lokalen Zustimmung des deutschen Volkswesens nicht späterhin noch ein Vorwand gesucht werden wird, die Durchführung noch durchzuführen. Wenn darüber befriedigende Auffassungen werden können, kann werde die Möglichkeit bestehen, daß die künftigen Verhandlungen für den Reichstagsparlament eine Unterzeichnung ohne Vorbehalt und ohne Bedingungen noch unverändert bestehen, überstanden werden.

Wendungen der Regierungskoalition?

„S. W.“ und „D. A.“ stehen an die Möglichkeit eines Zusammenstehens der alten Koalition, einer Regierung, die sich aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten zusammensetzen würde. Das „S. W.“ hat sich dem Zentrum und Demokraten bereits damit einverstanden erklärt, was voraussetzt, daß die Reichstagsparlamentarier werden die Sozialdemokraten, Zentrum, Arbeiter und Bauernvereine Löse genannt. Am Gegenstand dieser Verhandlung melde der „Vorwärts“, das Zentrum stehe auf dem Standpunkt, daß es nun dann in eine „Ameisen“-Regierung einzutreten könne, wenn ihm seine bisherigen Befugnisse in der Regierung, Demokraten und Deutsche Volkspartei, weiter die Treue halten.

Aus dem auswärtigen Ausland.

Der auswärtige Austausch trat gestern abends zu einer Sitzung zusammen. Fast sämtliche Kabinettsmitglieder waren erschienen. Vizepräsident Dr. Maber und Staatssekretär Dr. Gammann machten erhellende Ausführungen. Zu Beschlüssen kam es nicht. Privattelegramme berichten über einen Stimmungswechsel in Gunzen bei Annahme des Ultimatum (1). Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sprach sich anlässlich der Gesamtsitzung und der daraus entstehenden Forderungen für Annahme des Ultimatum aus, falls Bayern sich zur Entschlossenheit und Zustimmung der Gesamtsitzung bis zum 30. April verpflichtet. Gegen die weitere Verhandlungsfähigkeit wird überhörschreitende Forderungen werden wird scharf protestiert, jedoch die Erfüllung der Bedingungen von guten Willen des Völkerrechts abhängig gemacht, dem deshalb die Verantwortung auf die Arbeiter nicht übertragen wird. Die Sozialdemokraten arbeiten unter einer als unbedingtes anerkannter Verpflichtung abrechnen soll, ist allerdings nicht sozialdemokratisch.

Die Stellung Bayerns.

Zweifel bei der bayerischen Regierung als auch bei den Reichstagsparlamentarier ist kaum ein Zweifel darüber vorhanden, daß die Frage, die Bayern zunächst betrifft, die der Entschlossenheit, keine Rolle spielt, sondern die der Zustimmung, vor die das Reich gestellt ist. Im vorläufigen Stadium ist man der Überzeugung, daß keineswegs die Stellung des Herrn v. Kahr von dieser Frage abhängig gemacht werden könne. Ein Abwachen, der nicht abbrechen

Französische Verdrehungskünste.

Die französische Antwortnote über Oberpfalzen.

Die französische Antwortnote hat auf die deutsche Note bezüglich Oberpfalzens u. a. geantwortet: Die übermittelten Meldungen aus deutscher Quelle stellen in tendenziöser Weise die im lächerlichen bewunderlichen Vorgänge dar. Der Grund der Unruhen ist ohne Zweifel zu suchen in den aus deutscher Quelle veröffentlichten Nachrichten, die unzutreffendweise melden, daß die Alliierten sich entscheiden hätten, den arbeitslosen Teil des Industrie- und Bergwerksgebietes Deutschlands auszuweilen. Diese falsche Meldung hat den Aufstand der Anruheranten entzündet. (1) Die Interalliierte Kommission hat in einmütiger Übereinstimmung die energischsten (?) Maßnahmen zur schnellen Wiederherstellung der Ordnung und zur Wiederherstellung der Sicherheit der Einwohner aller Nationalitäten, die im Abwehrgebiet leben, getroffen. Die Alliierten Truppen haben wohl ihre Pflicht getan. (2) Die jetzt einlaufenden Meldungen lassen die Befürchtung der Lage in den wichtigsten Zentren der Grenzreviere feststellen. (3) Von irgend einer Interalliierten Kommission für Oberpfalzen von außerhalb zu leisten Hilfe kann nicht die Rede sein!

Deutscher Protest.

Die deutsche Regierung protestiert mit aller Energie gegen die Behauptung, daß die Veröffentlichungen der deutschen Presse über die voraussetzungslose Ausweisung des oberpfälzischen Industriegebietes aus Deutschland den Aufbruch der Polen entziffert haben. Sie stellt fest, daß die Nachrichten, die interalliierte Kommission habe sich entscheiden lassen, den arbeitslosen Teil des Industrie- und Bergwerksgebietes aus Deutschland auszuweilen, von der „Oberpfälzischen Grenzzeitung“ des Herrn Korfant veröffentlicht wurde und erst aus dieser auf die deutschen Blätter übergegangen ist. Es ist schon festgestellt worden, daß offenbar die Nachrichten von deutscher Seite in die Presse gelangt wurde, um den Polen einen Anlaß zum Protest mit der Waffe zu geben. Auch der Behauptung muß entgegengetreten werden, daß die Alliierten Truppen in ihrer Gewalt ihre Pflicht getan hätten. Es ist richtiger anzuerkennen, daß die Alliierten sich aus geschlichen haben, was auch ihre verhältnismäßig hohen Verluste beweisen. Andererseits ist aber auf das merkwürdige Verhalten der französischen Truppen zur Grenze hinzuweisen worden.

werden kann, kann ihm das Vertrauen des Landes nicht entziehen. Das wird sich herausstellen in dem Augenblick, in dem Herr v. Kahr abzutreten ist, die Vertrauensfrage zu stellen.

Arbeit hinter den Kulissen.

Anfänglich geht es mit dem Ultimatum der Entente nicht ein Nota anders, als f. A. mit dem Friedensvertrag. Am Sonnabend war noch alles still. „Es wird abgelehnt!“ Selbstverständlich wird abgelehnt! und man sprach bereits von dem neuen hohen Bundes der Einzelkämpfer von Senat bis Schiedsamt. Seitdem ist Herr Dr. Maber aus dem Zentrum der sogenannte deutsche Vorkämpfer in Paris, in Berlin eingetroffen. Von der Übernahme des Nebenbäckchen Erbes scheint der Freund und Vertrauensmann des höchsten Erbes nicht recht etwas wissen zu wollen. Kein Wunder! Er ist nicht erregt, und hat an seinen Wert daran, in Aussicht vorzutreten zu bekommen, daß kein Name unter der Annahme der Londoner Bedingungen steht. Aber dafür sorgen, daß das Ultimatum angenommen wird, das ist ganz anders! Das ist ganz im Sinne Erbacherischer Vorkämpfer und Spinnweben. Diese faulen Stellen sind seit vorgestern eifrig benutzt worden und haben sich allzuwillig aufgetan. Das Ergebnis? Alles ist anders geworden seit Sonnabend. Außen weiß Herr Robert Berthe — man denke sich die Werte, der Vertrauensmann Rina Gumbel — ebenfalls in Berlin und wuschelt im Auftrag Erbacherischer herum: „Reimt an den Namen, dann anders!“ Das ist in viel für die Manneszeiten der Welt des Verfallers Friedens und für etliche andere Leute auch. Man raunt sich ins Ohr, daß, wenn wir so schlau sind, annehmen, Herr Berthe fällt und dafür vermittelnd Herr v. Korfant das Mikroskop herbei, und verabschiedet sich im Falle unserer Ablehnung der am 10. März 1921 für die Welt, doch auch nicht zu verdrängen ist und die endliche Neuorientierung der entzifferten Politik unumkehrbar wird.

Der oberpfälzische Polenputsch und die Kommunisten.

Von M. Hannß.

Die letzten Ereignisse in Oberpfalzen haben den, der die Polen konnte, nicht überrascht. Wir Deutschen jedenfalls aus der Provinz Polen wußten mit absoluter Sicherheit, daß es so kommen würde. Als man sich aber selber im Gange sah, daß unsere Regierung dieses Wissen hatte. Ob es irgendwie möglich war — bei dem Verhalten der Entente und allen Veröffentlichungen und Bemerkungen gegenüber — dies zu verhindern, entschied sich meiner Beurteilung. Diese Zeiten sind auch nicht zu diesem Zwecke geschrieben, sondern nur dazu, um auf scharfe Widerspruch zu erheben gegen das Verhalten der Kommunisten und Unabhängigen im Reichstage. Wir Polen Deutschen haben alle am eigenen Leibe erfahren, was es heißt unter polnischer Herrschaft zu leben. Wenn der Pole jetzt schreibt, er wolle Oberpfalzen von der deutschen Willkürherrschaft befreien und einer noch nicht demokratischen Zukunft entgegenführen, so ist das Lüge und Trug.

Nach der Revolution in Deutschland im November 1918 wurden auch von den Polen Arbeiter und Soldatenräte gebildet, in die zunächst des Scheins wegen einige auch Deutsche hineingenommen wurden, welche natürlich keine solchen, die gegen die polnischen Überansprüche getämpft hätten. Da wurde zunächst auch gerade: alle Menschen seien Brüder, der Krieg sei zu Ende, es gäbe keinen Unterschied zwischen Polen und Deutschen, und was dergleichen lieblich klingende Reden noch nicht sind. Als man sich aber selber im Gange sah, daß polnische Herrschaft schlimmer als die deutsche, gegen die alles, was über den Jargonismus geredet wurde, sich noch zeigen lassen konnte. Wer in Deutschland etwas über Selbstherrschaft im ehemaligen Königreich Polen gelesen hat und weiß, wie freudig der gemeine Mann in Polen dadurch geworden war, der kann glauben, daß — nur ins Moderne überleitet — eine oligarchische Herrschaft mit unumschränkter Gewalt in Polen regiert.

Viele von uns Deutschen hatten damals auch das Unrecht kommen sehen, eine Abordnung von uns war in Berlin gewesen. Berlin hatte Herrn v. Gerlach nach Polen. Dieser wurde — es ist genügend bekannt geworden — von den Polen richtiggehend eingewickelt. Bei gutem Essen und besten Umgangsweisen boten ihm die polnischen „Kollegen“ aus dem Parlament, daß sie garrnicht daran dächten, mit Gewalt etwas zu unternehmen, sie würden selbstverständlich abwarten, bis der Friedenskonferenz zustimmen hätte. Mit dieser alibiartigen Beschäftigung wurde v. Gerlach nach Berlin zurück. Die Polen lockten ihn aus, wenige Tage später ging die Besetzung Polens los, die Unterdrückung alles Deutschen begann.

Es sollte nachstehend den Kritik des Oberpfälzischen Volkstages vom 30. Juni 1919 folgen; den ebenfalls Herr Korfant, der jetzige Minister in Oberpfalzen, mitunterzeichnet hat.

„An die Mitglieder deutscher Nationalität!“

Das lange von der Menschheit ersehnte Wort „Frieden“ erschallt endlich in der Welt. Sonnabend, den 28. Juni, wurden in Versailles die Friedensbedingungen von den kriegführenden Mächten unterzeichnet. Durch diesen Friedensschluß fallen ehemalige polnische Landesteile wieder an die entlassene Republik Polen zurück. Die Friedensbedingungen der Versailler Friedenskommission sind endgültig und unänderlich. Es gibt keine Nacht in der Welt, welche die Erfüllung der Friedensbedingungen zu hindern imstande wäre. Wir richten daher an unsere deutschen Mitbürger in den der Republik in fallenden Teilen Westpreußens, Posen und Schlesiens die Aufforderung, sich den Verpflichtungen zu fügen und die Friedensbedingungen so loyal zu erfüllen, wie sie von der polnischen Regierung und Bevölkerung werden erfüllt werden. Das Interesse des Landes und das Interesse jedes einzelnen Bürgers erfordert jetzt kategorisch, daß bei dem Übergang in die neuen Verhältnisse jede Gewalttat, jedes Mißvergehen und jede Verhöhnung von Gut und Gut vermieden wird. Wer sich mit Gewalt dem neuen Stand der Dinge widersetzt, wird sich und seine Mitbürger nur namenloses Elend heraufbeschwören und die härtesten Strafen zu erwarten haben. Die friedlich gestimmten Mitglieder deutscher Nationalität, welche sich mit den neuen Verhältnissen abfinden und lokale Bürger der Republik Polen werden wollen, haben für ihre Zukunft nichts zu befürchten. Ein Einklang mit neuen freibürgerlichen Traditionen wird die Republik Polen ihren Mitbürgern deutscher Nationalität volle Gleichberechtigung, völlige Gleichberechtigung und Gerechtigkeit, Zutritt zu den Staatsämtern, Freizug der Pflege der Muttersprache und nationalen Eigentum sowie vollen Schutz des Eigentums gewähren. Für die Stellung im Staatsleben und für das Ausmaß der bürgerlichen Rechte

In der Republik Polen weder das Glaubensbekenntnis noch die Muttersprache entscheidend, sondern lediglich die persönliche Fähigkeit. Deshalb fordern wir alle Bürgerlichen und ihre Beamten, die sich loyal den neuen staatlichen Verhältnissen fügen wollen, hiermit auf, auf ihren Posten zu verbleiben, wenn sie können versichert sein, daß sie nach Abwicklung in den politischen Staatsdienst übernommen werden.

Allen Deutschen, welche gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages die deutsche Staatsangehörigkeit wählen, geben wir hiermit die Versicherung, daß sie vollständig freien Zugang nach Deutschland haben, unter Mitnahme von Hab und Gut und voller Möglichkeit der Ausübung ihrer Berufstätigkeit. Wir bemerken jedoch, daß jegliche Veräußerung, Entfremdung, Beschädigung und Zerstörung von staatlichem Gut den Bestimmungen des Friedensvertrages zuwiderhandelt und nicht nur unter Strafe fällt, sondern auch Wiederentragung zur Folge hat.

Die Anseherlichen führen im Rahmen des Friedensvertrages in ihrem Eigentum verbleibend, und soweit sie infolge der Kriegsoperationen in Feindes Hände gefallen sind, können sie nach Abschluß der Kampfhandlungen in ihre Grundstücke zurückkehren. Alle wohnortveränderten Rechte der Bürger, die Rechte aus den Arbeiterverordnungen und den Gesetzen über die Versorgung kriegsbeschädigter Soldaten, sowie der Witwen und Waisen gefallener Krieger, Rechte über Nachverträge usw. werden hierdurch gewährleistet.

Wir beschreiben hierdurch ferner, auf die Regierung der Republik Polen dahin einzuwirken, daß kein Bürger wegen seiner bisherigen politischen Betätigung verfolgt oder bestraft wird mit Ausnahme von Personen, die sich gemeiner Verbrechen schuldig gemacht haben.

Wir erwarten, daß die Deutsche Regierung in derselben Weise die in ihrem Machtbereich verbleibenden Polen beschützen wird.

Wir werden unsere Kraft dafür einsetzen, daß in Polen sämtliche festgesetzten Geleisen und Zivilpersonen in Freiheit gesetzt, die wegen Vergehen gegen den Staat Abgeurteilten sofort begnadigt werden und selbst das Verfahren gegen die solcher Vergehen und Verbrechen Verdächtigen sofort niedergeschlagen wird, und daß diese Personen sofort ihre Freiheit wieder erhalten.

Die aus militärischen Gründen festgesetzten Personen sollen ihre Freiheit sofort nach Abschluß der Kampfhandlungen verlangen, und wir erwarten, daß die deutsche Regierung auch in dieser Hinsicht im Geiste ihres ganzen Machtwortes die Polen ebenso behandelt.

Die deutschen Volksräte fordern wir hiermit auf, im Einklang mit den politischen Verhältnissen der Zeit unmissverständlich nach Weg der deutschen Truppen zwecks Wahrung der öffentlichen Sicherheit gemeinsame mit den örtlichen Verhältnissen entsprechende Bürgergewerkschaften zu gründen. **Witbürger!** Nach den durchbrachten Reiben des Krieges ruft uns die Verbilligung Gottes zu neuer friedlicher Arbeit zu unserem gemeinsamen Wohl und zum Wohle des Staates, welcher uns in der Zukunft Schutz und Hort sein soll. Laßt uns vergessen alten Haß und Haß.

Alle Bürger eines Staates, der aufzubeistehen ist auf den Grundgesetzen von Recht, Freiheit und Gerechtigkeit, laßt uns gemeinsam mit allen Kräften eine glänzende Zukunft erleben, um so im dem Aufbau eines neuen Vaterlandes mitzuwirken.

Das Kommissariat des Obersten Politischen Volksrates als Mandatar der Regierung der Republik Polen.

Wojew, den 30. Juni 1919.

Sasnowski, A. Wlodecki, Koranyi, Seybo, Pofowinski, Konic.

Von den in diesem Aufrufe gegebenen Versprechungen ist nicht alles gehalten.

Von den vielen, vielen Deutschen, die in Polen bleiben wollten und trotz alledem geblieben wären, sind Hundert Tausende doch gegangen, weil der Pole ihnen das Bleiben unmöglich machte. Ich will hier nicht Beispiele anführen, nur das, was ich allen unseren Arbeitern empfehlen und die deutschen Arbeiter aus Polen werden weiter befähigen.

Der Pole macht keinen Unterschied, wenn es sich darum handelt, polnische Interessen oder vermeintliche polnische Interessen zu fördern, auch der deutsche Arbeiter muß weichen, auch er wird unterdrückt. Fragt herum Ihr deutschen Arbeiter bei Euren deutschen Kollegen aus Polen, wie es den Deutschen da brühen gegangen ist. Wer bei den Polen war, der hat den Glauben verloren daran, daß die Zeit erfüllt sei, in der die Verbrüderung der Menschheit und die Internationalität der Arbeiterschaft, die nationalen Gemeinwesen für den Fortschritt der Kultur und Zivilisation befähigen können.

So jedoch keiner politischen Partei an, in Polen waren wir Deutsche oder Polen, allen hier gebietet es die Pflicht hinauszuweichen:

Es ist Verrat am deutschen Vaterlande, Verrat am deutschen Arbeiter, deren doch Tausende und Abertausende in Ober-Oberdeutschland sind, wenn die Kommunisten und Unabhängigen in der letzten Stunde mit Bezug auf Ober-Oberdeutschland von Internationalität lästern. Bei den Polen gibt es gar keine internationalen Arbeiter oder jedenfalls so wenig, daß sie keine Rolle spielen.

Das ist unsere kommunistische Führer auch. Darum ist ihr Verhalten nicht nur Verrat, sondern auch Betrug gegenüber den deutschen Arbeitern.

Die Aufrührer für Annahme des Ultimatus.

Die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaftsführer, des Arbeiterrates tritt für die Annahme des Ultimatus ein. Seit Sonntag treffen feindlich-mitläufige Truppentransporte in Döhlendorf und Döhlendorf ein.

Der Schiedspruch über Bahnhöfe Herdeshal.

Der Reichsrat hat einstimmig beschlossen, daß der Bahnhöfe von Herdeshal in Belgien bleibt. Damit ist also das deutsche Verlangen abgelehnt worden.

Die Finanzkontrolle Louvrens.

Der französische Finanzminister Louvren äußerte auf einem Bankett in Lille über die Art der Garantiekommision für Deutschland. Die Schaffung der Garantiekommision, die ähnlich wie solche Kommissionen für die Türkei und Griechenland funktionieren, in Deutschland werden werden, werde schaden, zumal auch die Einkünfte des Reiches Frankreich die Handlung seien. Deutschland wird also mit Griechenland und der Türkei auf eine Stufe gestellt!

Die Ungezogenheit der Polen bei Annahme des Ultimatus
Koranyi sprach im Unterhaus, ob das deutsche Reaktionsbureau in Krakau die polnische Ungezogenheit in einem befriedigenden Maßstab erkannt. Von George erwiderte, er müsse sich sehen, wie sie arbeite. Im Antwortwort anderer Anwesender erklärte Lord George, er könne keine Antwort erteilen, bevor er wisse, daß Deutschland die Bestimmungen angenommen hat.

Aus Oberschlesien.

Die Lage ist unverändert.

In Opolen ist alles ruhig. Telefonische Verbindung mit dem Industriegebiet ist so wie vor nicht zu erhalten. Die Besätze aus der Gegend von Kositz und Kreuzberg sowie Malawan lauten für die Deutschen ähnlich, anders dagegen die Besätze, die aus dem zentralen Industriegebiet kommen.

Neue Zusagen der Entente-Kommission.

Auf das Drängen der politischen Parteien erließ die A. K. eine Bekanntmachung, in der sie darauf hinwies, daß die Truppenverpflichtungen zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes beim Vorkriegsstand konstant seien, daß der Vorkriegsstand den politischen Zustand verurteile und daß Koranyi durch seinen verbrecherischen Aufruf die Entschlüsse des Obersten Rates nicht beeinflussen könne. Ueber das Schicksal Ober-Oberdeutschlands werde vom Vorkriegsstand erst entschieden werden, wenn die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt sind. Unterzeichnet ist dieser Aufruf von Zeromb, Oberst Percival und General de Martini.

Auf Grund eines Vorfalls, bei dem ein französischer Posten in ganz unzulässiger Weise von seiner Waffe Gebrauch gemacht und einen Zivilisten getötet und drei schwer verletzt hatte, veranlaßt die Kommission die sofortige Entlassung der Franzosen. Die Kommission hat auch, daß fortan die französischen Soldaten nur dann von ihrer Schusswaffe Gebrauch machen dürfen, wenn sie angegriffen werden. Dieser Befehl ist solcher Natur, daß er nicht nur die französischen Soldaten, sondern die französischen Besätze von der Waffe Gebrauch macht.

Eine Freigehit Koranyi.

Koranyi hat in einem äußerst amüsanen Kunststück an die Reichsregierung ein Anschreiben geschickt, in dem er die Deutschen festschneidende Geleisen innerhalb 48 Stunden zu betreten, widrigenfalls er zu Verhaftung anzufragen wird.

Die Reichsregierung lehnt es ab, mit dem Führer der Aufständischen in Oberschlesien in irgendwelche Verhandlungen einzutreten, und der Aufruf ist fast ausschließlich dem deutschen Volkswirtschaften in Döhlendorf übermittelte worden, um von dort aus den Aufständischen die Hilfe der internationalen Kommission zu verhindern. Wenn Koranyi aber behauptet, er habe keine Geleisen festnehmen lassen, so muß festgestellt werden, daß in zahlreichen Orten angedeutete deutsche Bürger in den Aufständischen als Geleisen festgenommen und verhaftet worden sind. Die Geleisen der Aufständischen sind durch drei Tagen gefordert worden. Am Abenden ist durch diesen Aufruf erneut festgestellt, daß Funktionäre der polnischen Regierung sich zur Verbreitung von Nachrichten aus dem Bereich der Aufständischen zur Verfügung stellen.

Die erheblichen Verluste der Italiener.

Die Franzosen haben nicht einen Mann verloren. General de Martini ist von der italienischen Regierung aufgefordert worden, einen Bericht über den Zustand und die italienischen Verluste (amablich 12 Tote, darunter 2 Offiziere und 71 Soldaten) zu erstatten. Weiter soll er auch die Teilnahme reaktionärer Soldaten und Soldaten im Aufstandsbereich protestieren und deren sofortige Entfernung aus Ober-Oberdeutschland verlangen. Der internationalen Kommission und dem polnischen Militärkommando mitteilen, daß die italienische Regierung die jenseitigen Verhältnisse in keinem Falle anerkennen werde.

Die Franzosen haben unter anderen Mitteln, nicht einen Mann verloren. Unter den italienischen Truppen herrscht große Erbitterung, nicht nur gegen die Polen, sondern auch über die Franzosen wegen ihrer parteilichen Verhaltens. Auch die italienische Presse äußert sich in den härtesten Tönen gegen Frankreich und Polen und macht die blinde Entschlossenheit der Franzosen, um Deutschland zu ruinieren, für den Aufstieg verantwortlich.

Notwehr.

Das Recht des Selbstschutzes.
Bei dem Vorgehen Koranyi handelt es sich um einen offenen Bruch des Friedensvertrages von Versailles. Wenn die Entente sich auf den Standpunkt stellt, daß sie nicht über die Nachmittel verfügt, um diesen offenen Bruch zu sühnen, so setzt sie sich dem Vorwurf aus, daß die Vereinigung der Sieger einen Zustand in Europa einrichten läßt, der jede Gerechtigkeit, wenn sie von einer Seite verurteilt wird, strafflos macht, während sie der anderen Seite, die wehr- und weissenlos ist, nur das Recht anerkennt, fremde Willkür zu bulden und zu ertragen.
An diesem Zustand würde das Eintreten der Reichswehr, das von anderer Seite gefordert wird, nichts ändern. Die härteste Waffe, über die das deutsche Volk verfügt, ist diesmal wirklich der Nachweis des offensiblen Unrechts der Genen. Das Eintreten einer militärischen Macht, die nicht vorhanden ist, würde demnach der Entente nur den viel- viel mitemmenseren Vorwand liefern, die Pflicht, die ihr obliegt, abzuwälzen.
Andererseits steht es mit dem Recht der bedrohten Bewohner selbst, sich zur Wehr zu setzen, nachdem die Abstimmungskommision sich als unfähig erwiesen hat, den leidet durch den beschriebenen Zustand herbeizuführen. Es besteht also ein Recht auf Selbstschutz, das auch das sozialdemokratische Blatt in Breslau, die „Vollmacht“, ausdrücklich auf das Recht der zunächst von fremder Willkür und Gewalt bedrohten Einwohner, sich zum Selbstschutz zusammenzuschließen. Es handelt sich hier um ein Elementarrecht, das niemand absprechen kann. Wenn der Einbruch der Bedrohungen bricht, ist es Recht und Pflicht, dem Einbruch der verbrecherischen Gewalten mit allen Mitteln zu wehren.

Eine Schweizer Stimme zum Aufstand.

Am polnischen Gewerkschaftsrat hat der Berner „Bund“ eine Erklärung in Bezug auf die Situation der Bevölkerung in Ober-Oberdeutschland abgegeben, die durch eine Aktion großen Stils in Oberschlesien in den Staaten abgelehnt. In heute Vorkriegs der Soldat Frankreichs? Welches Interesse kann Frankreich daran haben, die Abstimmungsgebiete des deutschen Volkes in Ostpreußen und Schlesien an die polnischen Vorkriegsstände zu übertragen, die die polnischen Forderungen auf Ober-Oberdeutschland besonders

deutlich? Was alles unter der Bede abgelehnt wurde, können wir nicht wissen, soweit er ist offensichtlich, daß der ober-Oberdeutsche Aufruf das traurige Kennzeichen für die gegenwärtigen politischen Zustände seit dem Kriegsende darstellt. Die ganze Welt ist bestürzt über die Lage in der die Menschen nicht vollständig die Rechte wahren, die die Nationen unter der Bede abgelehnt wurden, offenbar um sich unter der Hand umso sicherer abzuschließen zu lassen.

Der Befehl aus Moskau.

Als die Belgischer Einigungsbedingungen von der Bestirrsversammlung bebrochen wurde, gab es eine ganz besondere Unterdrückung. Der belgische Kommunismus (Belgischer-Gaunismus) sollte nämlich mit, daß aus Moskau die Bestirrsversammlung sei, daß die Kommunisten gegen die Entschlüsse der Bestirrsversammlung von 20% Millionen Mark stimmen und fordern sollten, daß Belgien die finanziellen Gemeinden erhalte, aber nicht dafür zu zahlen habe. Der „Moskauer Kommunismus“ löste in der Bestirrsversammlung natürlich unendliche Heftigkeit aus. Wenn Moskau den Belgischer Kommunisten befehlen wird, in die Reihe zu bringen, werden sie es wohl aus Prinzip auch getreulich ausführen müssen.

Die Resolution Krog verlag.

Die Führer der republikanischen Partei haben bekannt, daß die Annahme der Resolution Krog (Krog-Plan) in der Situation, die es gegenwärtig darstellt, gefährlich ist. Das Staatsdepartement wie das Weiche Haus haben selbst die Initiative ergriffen, um zu erlangen, daß die Abstimmung über die Resolution Krog auf unbestimmte Zeit verlagt wird.

Die Verlegung hat unter den Republikanern große Heftigkeit hervorgerufen, und die „Chicago Tribune“ erklärt, wenn Präsident Harding seinen Sitz im Senat wieder einnehmen könnte, würde er sich von der dort herrschenden Mehrheitsmeinung überlegen können.

Kriegsvorbereitungen?

Amerika und Japan rüsten.
Zum ersten Male nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg wurde die amerikanische Flottenflotte wieder ein Admiralflottillen erhalten. Die Marineleitung wird im Pazifischen Ozean und wahrscheinlich auch in den überseeischen Gewässern eine große Flotte konzentrieren. Cavite auf den Philippinen ist der Konzentrationsschiff für die überseeische Flotte. Die ganze Flotte wird in allen überseeischen Häfen und in einem ersten Dreimonats-Geschwader werden im Pazifischen Ozean stationiert werden.

„Chicago Tribune“ wirft die Frage auf, ob Japan und die Flotte in den Vereinigten Staaten vorbereite. Es wird behauptet, daß die japanische Regierung zahlreiche Schiffe bauen lasse. Außerdem wurden Hunderte von Flugzeugen in England erworben. Die englischen Flugzeugführer instruierten nunmehr die Japaner. Bis 1924 wird die japanische Flotte um 50 Prozent zunehmen haben, während das amerikanische Schiffsbauprogramm eine Steigerung von nur 13 Prozent vorsieht.

Ein Einmündungsverbot für Japaner in Amerika?
Der amerikanische Senator Schorridge aus Kalifornien brachte im Senat einen Antrag ein, daß die Regierung die japanische Einwanderung jeder Art unbedingt verbieten solle.

Ablauen des englischen Bergarbeiterstreiks?

In zahlreichen Bergwerksbetrieben werden die Arbeiter neuerdings den Führern die Gefolgschaft und wollen die Arbeit wieder aufnehmen. Eine Aktion seitens des Exekutivkomitees der Labour Party sowie des Exekutivkomitees der Gewerkschaften wird erwartet. Da die Zahl der Arbeitslosen sich noch weiter vermehrt, während zahlreiche Bergwerksbetriebe die Wiederaufnahme der Arbeit, die Zahl der Arbeitslosen steigt nämlich täglich um 15 000 Mann.

Aus Stadt und Umgebung

Gaunsraimentalender.
Mittwoch, den 11. Mai 1914.

* Fleischverkauf auf der Freibank. Heute von 8-11 Uhr vormittags.

* Die Wahl des Stadtrats Alem am Vorabend des Stadtausflusses befristet.

* Der Regierungspräsident hat unterm 21. April 1921 am. 8 37 des Landesvertrags-Gesetzes vom 30. Juli 1899 die Wahl des Stadtrats Alem am Vorabend des Stadtausflusses für die Fälle der Wehrminderung des Erben Bürgermeisters wie seines neustehenden Stellvertreters befristet.

Konzert der Leipziger Madrigalvereinigung

* Die seitige Darbietung der Leipziger Madrigalvereinigung unter Leitung ihres Dirigenten Alfred Brinnowitz am 11. Mai 1914, hat einen außerordentlich großen Erfolg gehabt. Der Besuch ist stätiglicher und es muß immer wieder bedauert werden, wie wenig Verständnis und Interesse die Masse der Leipziger Bevölkerung, auch der gebildeten, für musikalische Darbietungen dornheimer Art besitzt, wenn die darbietenden Künstler nicht zu den am liebsten anerkannten Kanonen gehören. In diesem Fall scheint man es nämlich als nobles officium zu empfinden, das betr. Konzert zu besuchen. Mirs andere, noch so bedeutenswerte fällt unter den Tisch. Man darf sich nicht wundern, wenn unter diesen Umständen die Leipziger in den Musik einer musikalisch banalsten Stadt existiert, ein Benommenes, was sich nicht allein auf das Musikalische beschränken dürfte, 6 Sängerinnen und 4 Sänger mit durchweg beachtlichem und technisch wohl ausgebildetem Stimmmaterial setzen unter sein aberschämter Leitung ihr vornehmendes Können. Das Programm war außerordentlich umfangreich. Es durchnah aus dem 16. und 17. Jahrhundert stammenden Madrigale zeigen den alten Kunstgeschmack auf beträchtlicher Höhe. Die reitendsten Madrigale von Palestrina, Ardenbach und Zotti waren Wunderwerke feiner und komplizierter feinstimmiger Harmonik, die hinsichtlich der Zeit nicht minder, doch seitlich bis hier oft mehr melodische Freizüge, die nur bei den übertrieben distanzierten Gesängen naturgemäß leidet. Die herbortragende musikalische Begabung der südböhmischen Sängler, namentlich der Italiener, zeigt sich in den romanischen Madrigalen die — ohne einer musikalischen Banalität zu verfallen — bei der feinsten Modifikation der einzelnen Stimmen ein vorzügliches Gehör und sicheres musikalisches Gefühl voraussetzen, auf sehr hoher Stufe. Aber auch die deutschen Madrigale, deren Ursprung wohl durchweg in Süddeutschland zu suchen ist, sind harmonisch und melodisch außerordentlich schön. Besonders anziehend klangen das Scheinliche „Holla, auf Welle“, „Thomas Wortes“, „Mein schönes Lied, das lachet“, „Hoblers“, „Mein Lieb

Sport - Anzüge



für Pfingst-Ausflüge und Wanderungen

Die Erfahrung bewährter Sportleute setzt uns in den Stand, unsere Sport-Anzüge in bezug auf Zweckmäßigkeit und Eleganz auf einen hohen Stand der Vollendung zu bringen. Unsere Sport-Kleidung ist gegen Nässe und Regen imprägniert, trotzdem leicht porös und daher zum Tragen bei jeder Witterung geeignet.

Wir empfehlen:

| | |
|-------------------------|--------------------------------|
| Sport-Anzüge | zu Mk. 375 = 475 = 650 = 750 = |
| Loden-Joppen | zu Mk. 175 = 250 = 350 = |
| Sport-Hosen | zu Mk. 195 = 275 = 375 = |
| Loden-Mäntel | zu Mk. 275 = 375 = 475 = |
| Loden-Felertinen | zu Mk. 295 = 425 = 600 = |
| Gabardine-Mäntel | zu Mk. 375 = 475 = 650 = |
| Gummi-Mäntel | zu Mk. 375 = 475 = 650 = |

■ Sport-Mützen ■ Sport-Strümpfe ■ Wickelgamaschen ■
■ Wind-Jacken ■ Schillfeinen-Joppen ■

Damberger & Hertz
Leipzig Augustusplatz

Statt besonderer Anzeige.

Nach langem, schweren Leiden entschlief heute nachm. 1 Uhr meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Eugenie Hetzer
geb. Ullrich

im Alter von 62 Jahren,
Merseburg, den 7. Mai 1921.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Wilhelm Hetzer,
Oberbuchhalter.

Schaumung
Kleinvorantäppchen
für **Speisefertigstellen.**
Der **Kleinvorantäppchen**
für **Speisefertigstellen** wird
mit Wirkung vom 11. Mai
1921 anderweitig auf
55 Pfennig für das Pfund
ab Lager des Händlers
feinelegt.
Merseburg, d. 10. Mai 1921
Der Magistrat.
R.-M. 861/21.

Kleineres Haus
zu taufen gesucht.
Off. unter 87/21 an
die Exped. dieses Blattes.

Junges Mädchen
welches sich im Haus-
balloerwerbformen in die
Jude **Stellungs** zum
15. d. Mts. oder später
Offerten unter 89/21
an die Exped. d. Bl.

Stadttheater Halle.
Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:
Alt-Heldenberg.
Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:
Madame Butterfly.
Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:
Othello.
Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Salome.
Sonntag abends 7 1/2 Uhr:
Wenn Liebe erwacht.

Sportverein 99
e. Z.
Mittwoch, den 11. Mai
abends 8 Uhr
Hauptversammlung
im Kasino.
Wichtige Entscheidungen,
u. a. Satzungsänderungen,
Plananlage.
Der Vorstand.

Jeder Deutsche

der zur Verringerung des Bargeldumschlages
beiträgt, stärkt die wirtschaftliche Kraft des
Vaterlandes; ein jeder benutze dann für
::: seine Zahlungen ein :::

Reichsbank-, Bank- od. Sparkassenkonto.
Auskunft erteilt kostenlos:

Das Postamt
Bankhaus Feilbich Schulze
Mitteldeutsche Privatbank A. G., Zweigniederlassung
Merseburg
Sächsische Provinzialbank, Landeshaus
Sächsische Sparkasse
Sparkasse des Kreises Merseburg
Merseburger Vereinsbank, E. G. m. b. H.

Redaktions-Volontär

zum Eintritt im Laufe des Monats Juni gegen
entsprechendes Gehalt gesucht. Meldungen mit
Lebenslauf unter „Volontär“ an die Ge-
schäftsstelle erbeten.

Casino Gr. Ball
Mittwoch,
den 11. Mai
Görlach-Druckerei.

Sport-, Ball- und Garten-Lokal
Funkenburg
Morgen, Mittwoch, von 7 Uhr ab
großer Ball
verbunden mit Freitanz.
Gleichzeitig empfehle meine schönen Garten-
totalitäten werten Vereinen zur gef. Benützung.
Bruno Knoche.

P. P.
Nach erfolgtem Umbau habe ich meine Spezialabteilung

Strumpfwaren

noch bedeutend vergrößert und bringe ich diese sowie

Herren-Artikel und Wäsche

in empfehlende Erinnerung.

Bitte um Besichtigung meiner Schaufenster.

Carl Stürzebecher.

Ziegenzucht-Berein
Merseburg.
Mittwoch, den 11. Mai
von 3—5 Uhr
im „Wettiner Hof“
Anmeldungen
auf Grasparzellen.
Der Vorstand.
Einfach
möbl. Bimmer
für jungen Angeherten
zum 1. Juni gesucht.
Arthur Kornacker,
Papierwarenfabrik.
Frdl. Schlafstille
von anständigem Mann
gesucht.
Off. mit Preisangebot
unter 90/21 erbeten.

Eröffnungs - Anzeige.

Knüppels Motorboot-Fahrten.

Vom 15. d. Mts. [1. Pfingstfeiertag] ab finden an jedem
Sonntag regelmäßig

Motorboot-Fahrten zwischen Merseburg und Dürrenberg

statt. Die Fahrten werden dem verehrten Publikum sowie Vereinen,
Gesellschaften und Schulen von Merseburg, Dürrenberg und Um-
gegend zur Benutzung bestens empfohlen. An der gewöhnliche
Fahrten möchten rechtzeitig angemeldet werden. Ich bitte, mein
junges Unternehmen freundlich unterstützen zu wollen

Auskunft an der Abfahrtsstelle Heuschke's Badenanstalt
oder Weißer Mauer 38.
Bei genügender Beteiligung an beiden Fehertagen früh 6 Uhr
Pfingst-Fahrten.

Hochachtungsvoll **Th. Knüppel.**

Herrenartikel

kauft man am besten im Spezialgeschäft.

Größte Auswahl in

- Selbstbindern — Schleifen — Regattes
- weichen Kragen — — — Servitoren
- steifer Wäsche — — — Oberhemden
- Halbwesten — Sportstutzen — Hosenträger
- Einsatz- — Macco — Normal-Hemden
- Sommer-Unterhosen — — — Netzjacken
- Kavaliertüchern, weiß u. bunt, Taschentüchern
- Socken — Sockenhaltern — Handschuhen
- Gummi-Dauer-Wäsche

Gute Qualitäten — — — Billigste Preise.

Markt 19. **G. Hoffmann**

Mitgl. Rab.-
Spar-Verein. Inh. Barnh. Taliza.

Gegr.
1846.
Telephon
464

Chemiker Sanderhaus's

Sommersprossen-Pasta

Ueberraschender Erfolg meist schon in 4 Tagen.
Preis Mk. 12.00. Nur bei: Sanderhaus & Co.
Berlin N. O. 13. Gr. Frankfurterstrasse 89.

Rester-Geschäft

wird eingerichtet Baden
nicht nötig. Geordentlich
2—5 Taufen 20. Off.
S. H. unter D. I. 4437 an
Hudolf Mosse, Dresden.

Preussischer Landtag

Berlin, 9. Mai.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag Dr. Borch (Ait.) u. Gen. auf Erhebung der Besätze der evangelischen und katholischen Geistlichen und kirchlichen Beamten.

Die Abg. Hübin (Soz.) und Leib (L. S.) erklären, daß ihre Fraktionen den Antrag ablehnen werden.

Abg. Schuß-Neufuß (Komm.) verbindet die ablehnende Erklärung seiner Fraktion mit heftigen Anwürfen gegen die Geistlichen und die Mehrheit des Hauses und erhebt zwei Ordnungsrufe.

Die Abstimmung wird auf Dienstag vertagt.

Eine vom Abg. Kahl (Ait.) begründete Interpellation, in der die Einführung eines für höllische Speisefaktoren verdammt wird, wird dem Meineramtlich nicht beantwortet.

Es folgen zwei konstitutionale Anträge, mit denen die Wohnrausnot behoben werden soll. — Zur Beantwortung nimmt niemand das Wort.

Abg. Meyer-Sollman (Soz.) stimmt dem Antrag Heber zu, wonach schuldlos Wohnraum betroffenen werden sollen, um durch Neubauten der Wohnrausnot zu beseitigen. Er erklärt sich mit dem zweiten Antrag einverstanden, als darin der schuldlose Entzug des Reichsmietenerlasses verhandelt wird. Die Aufhebung der Höchstmietensordnung lehnt er jedoch ab.

Abg. Conradi (Dn.) bekämpft scharf die Höchstmietensordnung, die zum Ruin des Hausbesitzes führe.

Abg. Gornitz (D. Vpt.) wünscht Vertagung der Anträge im Hinblick auf die Bekämpfung der Wohnungsnot.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium führt aus: Die Hausnot ist zwar behoben, aber sehr behoben es sich um ein Finanzproblem. Die Wohnungsnot ist nicht zu beheben. Ihre Aufhebung würde in diesem Ausmaß die Wohnrausnot und die Wohnungsnot zu phantastischer Höhe steigern, aber nicht eine nennenswerte Förderung der Wirtschaft herbeiführen. Für 1921 sind etwa 550 Millionen als Aufwände für 20 000 bis 25 000 Wohnungen ausgesetzt. Dem Staatssekretär soll eine angemessene Entschädigung seines in das Haus gestellten Kapitals gefordert werden. Aber ein Ausmaß für die Selbstwertung ist hier ebensowenig möglich wie bei anderen Menschen.

Abg. Rab (Komm.) erklärt, der faktischste Gesetzteil könne das Problem des Wohnungsnots überhaupt nicht lösen.

Abg. Dr. Freund (L. S.) erklärt, die Anträge betreffen weniger die Milderung der Wohnungsnot als die Vereinerung der Hausbesitzer auf Kosten der Mieter.

Abg. Dr. Berndt (Dm.) beantragt seinen Antrag, die Mitgliedschaftsämter möchten den ortsüblichen Gerichten angeteilt werden. Die freie Wirtschaft im Wohnungsnot sei ein erfreuliches Ziel, das aber im Augenblick noch nicht erreichbar sei.

Abg. Labandner (Wirtschaftspartei) bekämpft die Wohnrausnot und Höchstmietensordnung.

Auf eine Frage des Vorredners erklärt Staatssekretär Scheel, bis Ende 1920 seien 1,3 Milliarden Bauaufwände verbraucht und dafür in Preußen rund 75 000 Wohnungen geschaffen worden.

Scheidtmann erklärt, die Anwendung der erhöhten Mietzuschüsse auf laufende Beträge widerstrebe dem geltenden Recht. Um adäquaten Mietzuschußes solle der Eintritt in laufende Beträge ermöglicht werden.

Wichtige Sitzung Dienstag, Interpellationen und Anträge der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Kommunisten über den Zustand in Oberschlesien.

Politische Rundschau

Das neue Verhältnis von Politik und Wehrmacht.

Ueber die Beziehungen der Politik gegen Anarchie der Wehrmacht sind einander die Richtungen zwischen dem Reichswehrminister sowie den Reichsministern des Innern und der Justiz verhandelt worden. Die Angehörigen der Wehrmacht sind als Vertreter der Staatsgewalt in besonderem Maße verpflichtet, außerhalb des Dienstes alle öffentlichen und politischen Verordnungen genau zu befolgen und den Anordnungen der Polizei Folge zu leisten. Einzelne Soldaten außerhalb des Dienstes haben die Pflicht, den Polizeibeamten in dringenden Fällen Hilfe zu leisten. Im Dienst mit dem Haupt der Wehrmacht. Das Recht zur Wehrmacht steht der Polizei gegen Anarchie der Wehrmacht im allgemeinen ebenso zu, wie gegenüber Abteilungen. Die Polizei soll die Wehrmacht Angehörigen im Dienst nur aus besonders dringenden Gründen, z. B. bei einem Verbrechen auf frischer Tat, die Festnahme selbst durchzuführen. Sonst soll diese, wenn irgend möglich, durch Angehörige der Wehrmacht geschehen. Diese Grundregeln gelten auch für Befehlshaber und Durchführungen. Zur Vermeidung von politischen Ermittlungen darf den Polizeibeamten der Zutritt zu den militärischen Dienstgebäuden nicht verweigert werden.

Kommunisten unter sich.

Die beiden kommunistischen Blätter und Bismarck haben die Geschäftsordnungsrevision des Landtages um die Erlaubnis nachdrücklich angefordert. Abgeordnete Schölermann, Reichert und „Rote Kasse“ ein kraftvolles Verfahren einleiten zu dürfen, weil er den Versuch eines moralischen und politischen Neuanfangs an ihnen beantragen habe. Am der „Rote Kasse“ vom 23. April war die Behauptung aufgestellt worden, Bismarck und Kühle hätten sich an die Polizei gewandt, wenn irgend möglich, durch von ihnen benannte Unteroffiziere von 60 000 M. aufzubringen.

Ein Schweizer Blatt über die französische Wirtschaftspolitik. Die „Basler Nationalzeitung“ macht in ihrem Hauptartikel darauf aufmerksam, daß bei Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise in Frankreich nicht politische Motive mitzubedenken. Es sei kaum verständlich, weshalb man gegenüber der französischen Entwicklung pessimistisch sein sollte. Die Handelskrisis Frankreichs ist in fortwährender Besserung, und wenn unter dem Druck der Weltwirtschaft seit März zum Stillstand gekommen sei, so könne man sich in Frankreich nicht vorstellen, daß diese Erscheinung in anderen Ländern noch viel schroffer auszuere trete. Frankreich sei jedoch im Besitze der billigen Kohlen und würde durch die Befestigung des Ruhrgebietes ein enormes Kohlen- und Eisenvermögen besitzen. Dieses französische Rohstoffvermögen auf dem Kontinent sei ein Ereignis, das notenlosweise revolutionär wirken und für England verhängnisvoll sein müßte, und selbst wenn die Weltwirtschaft nicht eintrüben sollte, produziere die französische Eisenindustrie infolge des Besizes billiger Kohlen unter den günstigsten Bedingungen. Anstatt der kräftigen wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs, seines reichen und noch weiter auszunutzen Rohstoffgebietes und seiner bedeutenden Vorküben in Deutschland warnt das Blatt vor einer Ueberhöhung der französischen Kritik, selbst wenn die deutschen Reparationsleistungen nicht voll einbezogen sollten, und erklärt zum Schluß, es seien alle Voraussetzungen für eine durchgreifende Besserung in Frankreich gegeben, wenn die Politik nicht auch weiterhin alles verberbe.

Morning Post für ein englisch-französisches Bündnis.

Die „Morning Post“ beschäftigt sich sehr mit dem Plan einer Allianz mit Frankreich. Da Blatt wirft in bestimmten Worten dem Premierminister vor, daß er diesen einsichtreichen Gedanken nicht zur Grundlage seiner auswärtigen Politik gemacht habe, und behauptet, daß seine auswärtige Politik überhaupt Schiffsbruch erlitten habe. Weiter schreibt das Blatt:

Wenn die Schiffe am meisten ausgelegt, während er ihnen in einer erhabenen Stellung überlassen war.

Er sprach es aus dem Glauben und führte sein Tier nach um ein wenig, dann ging er zum Gipfel der Anhöhe, führte hinter einem ansehnlichen Granitfelsengebiet die den Hügel um einen Stein; und das Kamel, das wohl hoffen mochte, jetzt endlich die erlebte Nacht Ruhe zu finden, ließ sich sofort in die Knie nieder. Heinz klopfte ihm beruhigend den Hals, und das Tier beantwortete die Berührung mit behaglichem Grunzen. Dann warf er die arabische Kleidung ab, die er während des ganzen Rittes mit Abdur Kader getragen hatte.

Im Schatten des Granitfelsens stellte er sich auf, dicht an dem Wege, den die Handbänder kommen mußten. Wiederholt öffnete und schloß er die Kammer seiner doppelwändigen Büchse, um sich zu überzeugen, daß der Mechanismus nicht durch das Eindringen von Sand gestört hatte, schloß nach den Patronen in seinem Röhrchen und machte sich schußbereit. Noch fünf Minuten wenigstens mußten vergehen, ehe ihn die Besatzung sah.

„Lina“ erkannte zum ersten Mal ruhig er ihrem Kommen entgegen. Kaum ein leiser Hauch der Erregung war in ihm zurückgeblieben, die ihn während des ganzen tollen Rittes erfüllt hatte. Nicht Furcht und nicht Hoffnung bewegten ihn — nur eine feste Erwartung der unvermeidlichen Gefahr. Wachte kommen, was da wollte; er hatte seine Fährten getan — auch seine Pflicht gegen sich selbst, gegen seine Kameraden — das andere kam in Gottes Hand. „Wir werden, wie Gott es will.“ Abdur Kaders Worte gingen ihm durch den Sinn. Und er redete sich höher auf.

Ja, er war gefaßt zu sterben; aber teurer sollten die Mörder sein denen bezahlten. Kämpfen wollte er bis zum letzten Hufstreich, kämpfen wollte er, solange die Hände den Schuß der Büchse hatten konnten.

Und er dachte weidlich ihm wunderbare Worte. Ein der Erinnerung an ihre Rufe — war es nicht ein wunderbarer Tod? — Zu fallen nach Solotarnen — wahllos, es konnte nichts Erdgründendes haben für ihn!

Und er fiel in nicht unheimlich sein Ende bedeutete die Errettung der Geleiten. Daran glaubte er zuversichtlich. Er vertraute der Geduld des alten Arabers und seiner Fähigkeit, wenn er ihn nur einen genügenden Vorzug hätte, so würde es Abdur Kader gelingen, das Lager unangefochten zu erreichen.

„Aber wenn wir unsere Beziehungen zu Frankreich auf eine endgültige Grundlage stellen, die letzte fähige Fremdenmacht durch ein definitives Abkommen erleben, mit einem Wort in der Politik aufsteigen wollen, die die Grenzen der Erde und den Krieg erkennen, dann werden wir auch auf diejenigen deutschen Aemtern Einbruch machen, von denen Lord George Williams schreibt hat. Wir freuen uns, zu bemerken, daß die Notwendigkeit einer definitiven Allianz in unserm Lande immer mehr anerkannt wird. Eine solche Allianz wird Frankreich und England in gleicher Weise zu befriedigen, wie denn auch die Entente nur durch Selbstauflösung auf beiden Seiten möglich war.“

Unser Land sucht eine Kombination, die seine eigene Stärke gewahrt, und den Frieden in Europa aufrecht erhält. Wir sind überzeugt, daß eine solche Kombination in einer Allianz mit Frankreich besteht. Die Entente wird demnach Europa die Reichweite für die weiteren Bestrebungen des deutschen Militarismus und des deutschen Industrialismus.“

Sitzung der Stadtverordneten

Die gestrige Stadtverordnetensitzung im Alten Rathaus wurde kurz nach 6 Uhr vom Stadt-Vorsteher Junfer eröffnet, der vor Eintritt in die Tagesordnung mitteilte, daß der Vorsteher der Bauverwaltung, Herr Dr. Richter, die Kriegshintergebene der Kurfürstliche des Stadtfreies Merseburg für Kriegsbeschädigte und Kriegsinvaliden, die bisher mit der des Landkreises Merseburg verbunden war, genehmigt habe. Darauf wird in die Tagesordnung eine Anzahl.

1. Bericht zum 1. April und Deutschen Städtegenosse, nach Berücksichtigung des Stadtr. Müller (D. Vpt.) über die Vorlage wird der Bericht des Stadtfreies Merseburg zum Stadtkomitee einstimmig beschlossen.

2. Von einer Petition für Baumaterialien im künftigen Winter, Bericht über die Petition des Stadtr. Müller (D. Vpt.) fragt, an welcher Stelle die Petition angesetzt werden solle. Stadtr. Beyer und Junfer zu der gewöhnlichen Zustimmung. Die Petition soll an die Stelle des Aufwandsbestandes angesetzt werden. Der Antrag findet dann Annahme.

3. Genehmigung der Rechnung der Stadt, die Erhebung einer Wertsteuer, Stadtr. Beyer, Stadtr. Müller (D. Vpt.) über die von ihm bereits ausführlich behandelte Vorlage die nach einer Erörterung des Herrn Stadtr. Müller (D. Vpt.) auf Anfrage des Stadtr. Müller (D. Vpt.), daß die Steuer nur vom 1. April 1921 rückwirkend, einmündig angenommen werden soll.

4. Bewilligung von 166 666 M. zur Fertigstellung der Häuser auf Ritters Platz an der Gartenstraße. Stadtr. Müller (D. Vpt.) berichtet über den Bauplanentwurf und empfiehlt seine Annahme. Die erforderlichen Gelder werden bewilligt.

5. Bewilligung von 235 000 M. zur Erbauung von 18 Häusern auf Ritters Platz. Die Vorlage, über die derselbe Stadtr. Müller (D. Vpt.) berichtet, findet ebenfalls Annahme.

6. Bewilligung von 320 488 M. Gemeindevermögen zum Bau von 76 Einfamilienhäusern durch die Merseburger Baugesellschaft. Bericht über Stadtr. Müller (D. Vpt.), Stadtr. Müller (D. Vpt.) teilt mit, daß nach 1/2, sondern 1/3 bewilligt werden müßten. Stadtr. Müller (D. Vpt.) macht darauf aufmerksam, daß allein seine wieder beide die Hälfte zu bewilligen seien. Die Stadtverordneten seien nicht in der Lage zu überlegen, was bereits bewilligt sei und was man bewillige. Er ist der Meinung, daß es praktisch sei, wenn darum der Stadtverordnetensitzung einmal der Haushaltsplan vorzulegen sei, damit sie eine Übersicht über die Finanzlage gewinnen. Er bittet den Bauausschuß um Sachkenntnis, wie es mit dem Haushaltsplan sieht und fragt zu der Vorlage an, wie die Darlehen abzurufen seien.

Stadtr. Müller (D. Vpt.) führt aus, der Haushaltsplan sei noch nicht fertig, weil auch die anderen Städte noch über die Zinsfreiheit hätten, was sie einbringen. Dazu komme noch die Unmöglichkeit, was in Zukunft der Steuern

um den neuen Baum, an dem er stand, konnte er nach Osten blicken und ein schimmerndes Licht in jener Richtung erinnerte ihn an die See und die „Morgenstern“.

Wie große Unterchied das bunterdunflige Kilometer machten! — Dort hinter jener klaren Höhe schauete die schlanke Nacht auf den Wäldern — ausgegattet mit allem europäischen Komfort, ein kleiner Hof — und hier stand er, die Büchse im Arm, bereit, sein Leben für die Sicherheit der Heerzahl ihrer Passagiere zu opfern.

Endlich hörte er das Geräusch von Schuhen auf feinem Boden und ein dumpfes Sämengegerne. Er strengte seine Augen auf das Auserse an; und wirklich glaubte er die glattenhöflichen Konturen mehrerer Reiter zu erkennen. Die Araber durchnitten das Hüpfen.

„Halt!“ hörte er in arabischer Sprache, und seine Stimme dröhnte nachvoll durch die Nacht. „Halt — aber ich lasse sie!“

Es folgte ein minutenlanges Schwelgen. Die Handbänder hatten augenblicklich auf eine so hohe Heckerforde rung nicht geneigt; und sie waren wohl der Meinung gewesen, die Verfolger hätten bei ihrer Annäherung die Nacht mit doppeltem Eile fortgesetzt. Daß ein Eingekerkertes war, ihnen den Weg zu treten — der Gedanke mochte wohl keinem von ihnen kommen.

„Halt!“ wiederholte Heinz gebieterisch, und in arabischer Sprache er sprach. „Ich bin der Reiter.“

Dann aber verlagte sich der Reiter. Und in der schwachen Hoffnung, daß einer der Gegner des Französischen mächtig sein würde, fuhr er in dieser Sprache fort:

„Ich habe kein Recht, mich und meinen Diener zu befragen. Ich erlaube euch unerschrocken zu eurem Herrn zurückzuführen und den Araber Hufstreich freizugehen.“

Wetter kam er nicht. Er bligte durch das Tal, und der Knall des ersten Schusses hatte durch das Tal. Eine formliche Salve folgte — regellos schloßen die Felle, und offenbar ohne recht zu wissen, wohin sie zu zielen hatten. Die meisten der Augen schloßen wirkungslos in den Sand; einige Geschosse aber prallten auch an der Felswand ab, gegen die Schmelzen sich lehnte, und einige Schüsse heßen Wäts auf seiner Bange liegen ihn die ganze Größe der Gefahr erkennen, die auch in diesem ziellosen Schießen lag.

(Fortsetzung folgt.)

Der Schatz der Sabäer

Roman von E. Tracy

(Nachdruck verboten.)

„Er ganz die wuppen jetz auseinander gepreht, und mit scharfen Blicken suchte er die Zahl der Begner festzustellen — freilich ein vergebliches Beginnen, denn die dunklen Gestalten dort am Horizont blieben nur für Augenblicke sichtbar, und sie bildeten einen dünnen Anhauf. Dann bemerkte er sich mit dem Scheit, aus dem Steingeröll herauszukommen und einen einigermaßen bequemen Platz zu den jetzigen Stellen Höhe zu finden. Als es ihnen gelungen war, brachte er sein Tier durch einen scharfen Felsrind am Stehen.“

„Was ist das, was du sagst?“ sagte er gebieterisch. „Nein, Sie, als wäre die Höhle hinter Ihnen.“

„Im Namen Allahs, Offenbar“, war die Antwort des neuen Scheichs, „es darf nicht sein.“

„Es muß sein! Fortwärts, vorwärts, mein guter Kamerad — es ist das einzige, was uns übrigbleibt.“

Abdur Kader gab seinem Kamel einen Schlag mit der flachen Hand.

„Ich hätte nicht gedacht, mein Bischarin“, sagte er wehmütig, „daß du mich von einem Freunde in der Gefahr hinwegzuziehen würdest. Aber es ist Gottes Wille — und du wirst allezeit ein Schlingel. Und nun — entweder läßt dich zu Tode, oder ich schlauche dich bei meiner Heimkehr, meinen Leuten ein Fest zu bereiten.“

„Heiß höre, wie er sein Kamel vorwärts drängte; aber sein Abfischwort kam über seine Lippen.“

„Bereiten Sie nicht“, rief er ihm nach, „was Sie der Heubühne ausdrücken sollen.“

„Ich verzeihe nicht“, sang es zurück. „Und morgen sollen es sein die Handbänder bezeugen, daß ich nichts verzeihe — wenn es Allahs Wille ist!“

Dann wachte er in die Dunkelheit — das Schnauben und Stöhnen des gequälten Bischarin erklang, und Heinz von Holzbeinen war allein.

„Woh! Wachte er, daß der Lobe gegenüberstand — aber nicht die seltsame Gestalt wendelte ihn an. Ruhig und stumm überließ er seine Bange, und er trat alle Vorkehrungen, die zu seinem Schutze möglich waren. Er sagte sich, daß er im Notfall war, wenn er die Handbänder aus einer gewissen Höhe empfing. Dort unten im Tal waren sie

